

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

296

Wien, am 24. September 1931.

Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien.

Morgen, Freitag, tritt der Gemeinderat der Stadt Wien um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Schmuckversicherung im Ausland.

Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass Schmuckversicherung bei einer ausländischen Versicherungsgesellschaft, wenn sie nicht bei deren in Oesterreich ansässigen Repräsentanz erfolgt, durch den Versicherungsnehmer beim Magistrat anzuzeigen ist. Eine solche Versicherung bezieht sich nämlich auch für die Gefahr der Vernichtung des Schmuckes durch Feuer und unterliegt ^{daher} der Feuerversicherungsabgabe. Durch Nichtanmeldung machen sich die Versicherungsnehmer einer strafbaren Unterlassung schuldig. Das Gleiche gilt übrigens für alle Autocascover Versicherungen, die im Auslande getätigt sind, und ganz selbstverständlich für die eigentlichen Feuerversicherungen.

Strafuntersuchung gegen einen städtischen Beamten.

In einer Tageszeitung ist heute eine Meldung über Verfehlungen eines städtischen Beamten veröffentlicht worden. Richtig ist, dass gegen einen dem städtischen Wirtschaftsamt zugeteilten Verwaltungssekretär von einem städtischen Kontrahenten eine Anzeige erstattet worden ist, wonach die Frau des Beamten von dem Kontrahenten laufend Provisionsbeträge in der Gesamthöhe von ungefähr 14.000 Schilling erhalten und der Kontrahent für den Beamten verschiedene Arbeiten kostenlos durchgeführt habe. Der daraufhin sofort vom Dienst enthobene Beamte bestreitet jedoch, von Zuwendungen an seine Frau, deren Höhe auch von dieser bestritten wird, überhaupt Kenntnis gehabt zu haben; erst nachdem es zwischen dem Kontrahenten und ihm zu einer Verstimmung gekommen sei und der Kontrahent daraufhin Rückerstattung der angeblich geleisteten Provisionsbeträge verlangte, habe ihm seine Frau gestanden, Geldbeträge erhalten zu haben, die ihr jedoch aufgedrängt worden seien. Der sich aus diesen Erhebungen ergebende Tatbestand ist jedenfalls sofort der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden, die Untersuchung wird von der zuständigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 24. September 1931.

Dienstbehörde ebenfalls weitergeführt.

Der vor ungefähr einer Woche erfolgte Selbstmord eines dem städtischen Wirtschaftsamt zugewiesenen Kanzleibeamten steht nach den Erhebungen in keinem Zusammenhang mit den erwähnten Vorwürfen. Dieser Selbstmord ist vielmehr nach den übereinstimmenden Angaben aller Vernommenen auf die sehr ungünstige wirtschaftliche Lage des schwer verschuldeten Kanzleibeamten zurückzuführen.

*

Selbstmord eines städtischen Angestellten.

Vor ungefähr einer Woche hat der dem städtischen Wirtschaftsamt zugewiesene Kanzlei-Oberkommissär Karl H. Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas verübt. Das Motiv der Tat dürfte grosse Notlage infolge Verschuldung sein. Am Tage des Selbstmordes des erwähnten Beamten hat eine demselben Amt zugewiesene Kanzleibeamtin in ihrer Wohnung einen Selbstmordversuch unternommen, ist jedoch von ihrem Gatten rechtzeitig aufgefunden worden. Den Selbstmordversuch hat die Beamten unternommen, nachdem sie von dem Selbstmord ihres Kollegen gehört hatte, dem sie eine kleine Summe Geldes und einen Wertgegenstand dargeliehen haben soll. In beiden Fällen war kein Zusammenhang zwischen der dienstlichen Tätigkeit der Beamten und ihrer Tat festzustellen.

Von den Bezirksvertretungen.

Morgen, Freitag halten die Bezirksvertretungen Favoriten und Ottakring Plenarsitzungen ab. Die Bezirksvertretung Ottakring tritt um 18 Uhr, die Bezirksvertretung Favoriten um 16 Uhr zusammen.

Am Mittwoch, den 30. September, um 17 Uhr tritt die Bezirksvertretung Alsergrund zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Die Bezirksvertretung Brigittenau hält ihre nächste Plenarsitzung am Montag, den 5. Oktober, um 19 Uhr ab.
